

Extremismus und Neokratie

Der Nährboden extremistischer Gesinnung

Politischer Extremismus lässt sich mit Vernunft nicht begründen. Auf lange Sicht hat sich Extremismus niemals gelohnt, aber mit langfristigem Vernunftkalkül allein ist ihm offensichtlich nicht beizukommen. Extremist ist nicht, wer für sich und seine Mitstreiter wohlüberlegt langfristige Vorteile sucht. Extremist ist vielmehr, wer die Auseinandersetzung will, auch wenn dabei Katastrophen drohen. Diese Kampfbereitschaft bei hohem Risiko ist es, die den Extremismus so bedrohlich und unberechenbar macht.

Extremistische Gesinnung lässt sich daher weder mit rationalen Argumenten aus der Welt schaffen, noch ist sie rational erklärbar. Sie entsteht aus spontanen Gefühlslagen, und ein gewisser Hang zum Extremismus entspricht sogar einer emotionalen menschlichen Grunddisposition. Extremist wird und ist, wer Aggressions- und Gewaltphantasien verbal oder real ausleben will und wer für Hassbotschaften empfänglich ist. Extremist kann aber auch sein, wer Herausforderungen braucht und Herausforderungen sucht, die sich ihm auf anderem Feld nicht ausreichend zu bieten scheinen. Schon immer standen daher extremistische Phänomene wie Gewalt- und Kriegsbereitschaft auch in Zusammenhang mit einem Mangel an anderweitigen Herausforderungen. Schon immer war die Extremismusgefahr besonders hoch, wo Menschen und insbesondere Männer in zu großer Zahl aufwuchsen, als dass sie in Wirtschaft, Familie und in einem gut funktionierenden Staat die gesuchten Herausforderungen finden könnten.

Eine Neigung zum Extremismus ist insofern einerseits eine Art anthropologischer Naturkonstante, andererseits kann sie auch durch gesellschaftliche Verhältnisse ausgelöst oder zumindest verstärkt werden. Anfällig für Extremismus ist auch, wer sich von der kühlen materialistischen Zweckrationalität einer modernen liberalen Gesellschaft entfremdet fühlt, anfällig ist, wem diese Gesellschaft nur Arbeit zu bieten hat, von der er nicht leben kann, anfällig sind so genannte Modernisierungsverlierer und anfällig sind viele, die zwar wirtschaftlichen Erfolg haben, aber in diesem Erfolg als solchem keinen Sinn erkennen.

Zu politischem Extremismus neigen aus ähnlichem Grund auch führende Politiker selbst scheinbar moderater demokratischer Staaten. Nicht nur der Extremismus selbst nämlich, sondern auch die Bekämpfung desselben hat eine scheinbar sinnstiftende Wirkung, und zwar umso mehr, je bedrohlicher der Extremismus und je radikaler seine Bekämpfung. So hat beispielsweise die jüngste Kriegsbereitschaft der USA und verbündeter demokratischer Staaten ein Sinnbedürfnis offenbart, das im Betreiben eines vergleichsweise gut funkti-

onierenden Staates allein nicht erfüllbar schien. Der explizite Extremismus der einen nährt auf solche Weise immer auch einen entgegengesetzten Extremismus anderer. Insbesondere der Kampf gegen fundamentalistischen Extremismus hat viele sinnsuchende Politiker demokratischer Staaten de facto selbst zu politischen Extremisten werden lassen. Dies zeigt, wie sehr Extremismus eine Gefahr für die politische Kultur als ganze ist, die staatstragende politische Kultur demokratischer Staaten eingeschlossen.

Jeglichem Extremismus aber, ob er eher eine spontane Regung menschlicher Natur ist oder eher eine Reaktion auf gesellschaftliche und politische Verhältnisse, ist letztlich eines gemeinsam. Weil Extremismus langfristiger Vernunft nicht standhält, kann es Extremismus nur geben, wo die Vernunft dem Instinkt unterliegt. Extremismus entsteht nur, wo aggressive Instinkte nicht auf harmlosere Weise auslebbar sind und wo keine Sinnangebote geschaffen werden, die auf Vernunft begründet oder zumindest mit Vernunft vereinbar sind. Aggressive Instinkte aber lassen sich so wenig aus der Welt schaffen wie Sinnbedürfnisse, und nur die Vernunft könnte helfen, beides auf harmlosere Weise auszuüben. Dass diese Vernunftleistung nicht gelingt, ist das eigentliche ungelöste Problem im Umgang mit dem Extremismus.

Der extremistische Instinkt in der Politik

Aggressive Grunddispositionen und unerfüllte Sinnbedürfnisse wenden sich natürlich keineswegs immer ins Politische. Sie tun es umso weniger, je geringer noch das Vertrauen in die Wirkungsmacht der Politik ist. Die häufigeren Symptome sind ganz anderer Art. Es sind vorübergehende politische Resignation und Apathie, es sind private Gewaltakte, es sind ritualisierte Aggressionen im Privaten, in Kunst, Musik und Literatur, es ist die Lust an Morbidität, es sind provokante Lebensstile, es sind ironische und verzweifelnde, augenzwinkernde und hoffnungslose Äußerungen einer lauten oder auch stillen Gegenkultur.

Dennoch werden Gewalt und Frustration auch immer wieder politisch ideologisiert, sei es in traditionellem Rechts- oder auch Linksextremismus oder in gewaltbereitem Fundamentalismus. Für diese immer wiederkehrende Wendung ins Politische gibt es eine einfache Erklärung. Seit Jahrhunderten oder Jahrtausenden ist Politik die bevorzugte Projektionsfläche von Gewaltphantasien. Die Disposition zur Gewalt entlädt sich daher nicht nur im Privaten, sondern immer wieder auch in verbalen politischen Gewalt Ritualen bis hin zu realen politischen Gewaltakten. Gewalt, die sich gegen den Staat richtet, erscheint als eine Gewalt höherer Ordnung, und Gewalt allerhöchster Ordnung ist diejenige, die der Staat selbst ausübt. Ziel fast jeglichen politischen Extremismus ist es daher, nicht nur den Staat gewaltsam zu bekämpfen, sondern die Macht im Staat zu erringen, um auf dieser allerhöchsten Stufe Gewalt ausüben zu können. Wenn nicht um akute Gewalt, geht es dem politischen Extremismus zumindest um die Möglichkeit solcher staatlichen Gewaltanwendung.

Eine Rolle als bevorzugte Projektionsfläche spielt der Staat für Extremisten auch immer noch in der Frage der Sinnstiftung. Auch wenn bestehende Staaten in dieser Rolle noch so sehr versagen, wäre für politische Extremisten ein nach ihren Vorstellungen agierender Staat ein umso reicherer Sinnstifter. Der Sinn des Politischen entfaltet sich für sie vor allem im Konflikt, der denkbar höchste Sinn somit im gewaltsamen Konflikt, und daher sind Gewaltbereitschaft und Sinnstiftung für Extremisten eng miteinander verbunden. Ein demokratischer Staat, der seinen Bürgern nicht viel mehr als technokratisches Funktionieren zu bieten hat, ist gegenüber solchem extremistischen Sinnanspruch hilflos. Nur noch als Feindbild entfaltet ein solcher Staat fühlbare sinnstiftende Wirkung, aber eben damit schafft er den Nährboden für immer neuen Extremismus.

Dass der bestehende Staat ihr Feindbild ist, bedeutet allerdings nicht, dass Extremisten tatsächlich eine wesentlich andere Art von Staat anstrebten. Das Gegenteil ist der Fall. Extremisten wollen vielmehr die Macht im Staat erringen, wie er ist. Sie mögen diesen Staat ihrer Ideologie, ihrer Partei oder einer bestimmten Person unterordnen und sie mögen sogar echte demokratische Wahlen unterbinden wollen, aber die Grundstrukturen des Staates wollen sie dennoch erhalten. Sie wollen insbesondere, dass der Staat ein organisatorisches Ganzes bleibt, wie er es immer war, denn nur so lässt der Staat sich als ganzer beherrschen. Auch wenn es scheint, als lehnten sie sich gegen den bestehenden Staat auf, streben Extremisten in der Regel doch in eben diesem Staat die Macht an. Dies gilt für Extremisten jeder Couleur, für Verfechter herkömmlicher totalitärer Ideologien, für extremistische Populisten und für Verfechter von Gottesstaatsmodellen. Sie alle suggerieren, politisches Sinndefizit und Leistungsschwächen des Staates ließen sich überwinden, wenn nur eine extremistische Staatsführung berufen wäre. Wenn sie dies nur zuließen, so diese Vorstellung, hätten die Bürger das politisch Notwendige getan.

Sinnangebot Neokratie

Die extremistische Antwort auf die Schwäche des Staates lautet, die Bürger sollten diesen Staat in vermeintlich stärkere Hände legen. Darin aber unterscheiden Extremisten sich nicht von politischen Konkurrenten. Der Staat bleibt nach dieser Vorstellung im Wesentlichen, was er ist, nämlich *der* Staat als ein organisatorisches Ganzes. Nur in dieser Gestalt ist der Staat überhaupt ein mögliches Objekt extremistischer Machtansprüche. Auch Extremisten können sich daher nichts anderes wünschen als den Staat in seiner bestehenden Organisationsform. Eben dieser Staat ist daher auch und gerade für jene erhaltenswert, die in der Politik Aggressionspotentiale, Gewalt- und Allmachtsphantasien ausleben wollen. In der Regel sind Extremisten daher ebenso unzweideutig Verfechter der herkömmlichen Staatsform wie moderat gesinnte Demokraten.

Diese Gemeinsamkeit von Extremisten und Nicht-Extremisten wird natürlich in der herrschenden politischen Rhetorik nicht herausgestellt. Nichtextremisten propagieren vielmehr die Auffassung, nichts vermöge besser vor offenem oder verdecktem Extremismus - und damit auch vor schein-demokratischen oder vor

offen autokratischen Herrschaftsformen - zu schützen als die bestehende Demokratie. Diese Auffassung ist jedoch trügerisch. Viel richtiger ist, dass die Demokratie, wie sie ist, Tür und Tor offen hält für extremistische Politikvorstellungen. Diese Demokratie ist leistungsschwach und sinnarm, und sie hat der Anfälligkeit für extremistisches Gedankengut dementsprechend wenig entgegenzusetzen. Ihre Schwäche ist ein Nährboden für Extremismus, und im Kampf gegen denselben wird auch die Demokratie selbst immer wieder anfällig für extremistische Praktiken.

Die meisten Bürger demokratischer Staaten wünschen sich natürlich dennoch weder einen von Extremisten beherrschten Staat, noch wünschen sie sich extremistische Praktiken im Umgang mit Extremisten. Ihr Bedürfnis nach politischer Leistungsstärke und Sinnerfüllung ist nicht durch das Ausleben aggressiver politischer Instinkte erfüllbar. Erfüllbar wäre es dagegen mit Hilfe friedlicher politischer Phantasie.

Weitaus leistungsfähiger und sinngebender als bisher könnte Politik werden, wenn sie in einer neokratischen Staatsform betrieben würde. Schon solches Mehr an Leistungsfähigkeit und Sinngebung würde extremistische Neigungen erheblich entschärfen und damit die Gefahr extremistischen Machtmissbrauchs stark vermindern. Neokratische Staatsformen würden der Extremismusgefahr aber noch auf ganz andere Weise vorbeugen. In einem neokratisch organisierten Staatswesen gäbe es keinen Staat mehr, der ein organisatorisches Ganzes wäre, und es gäbe keine Staatsführung, die diesem Gesamtstaat vorstände. Was herkömmlicherweise als Staat verstanden wird, wäre aufgeteilt in eigenständige Staatssparten, die jeweils für nur einen Politikbereich zuständig sind. Keine Person und keine Partei könnte daher mehr über den Staat als ganzen Macht erlangen, denn die denkbar größte politische Macht wäre diejenige über eine einzelne Staatssparte. Je enger diese einzelnen Staatssparten spezialisiert wären, je begrenzter also ihr jeweiliger Aufgabenbereich, desto geringer wäre das größtmögliche politische Machtpotential. Auch extremistisches Aggressions- und Gewaltpotential könnte sich daher allenfalls gegen einzelne Staatssparten richten, und ebenso könnten extremistische Machtansprüche nur für einzelne Staatssparten geltend gemacht werden. Allein damit aber wäre politischem Extremismus in seiner herkömmlichen Form vollständig der Boden entzogen. Wo es keinen Staat als ganzen mehr gäbe, könnten politische Machtansprüche nicht mehr auf den Staat als ganzen gerichtet sein, und es gäbe keinen Staat mehr, der sich als Projektionsfläche extremistischer Sinnansprüche oder Gewaltphantasien eignen würde. Ein Extremismus aber, der sich auf politisches Spezialistentum zu beschränken hätte, wäre ideologisch ad absurdum geführt.

Dass eine neokratische Staatsordnung Extremismus vorbeugen würde, bedeutet natürlich nicht, dass sie auch allen radikalen politischen Gedanken ein Ende setzen würde. Auch in einem neokratischen Staatswesen ließen sich radikale Positionen vertreten wie etwa diejenigen, dass Politik nicht für soziale Gerech-

tigkeit, nicht für demographische Stabilität, nicht für die Bewahrung der Umwelt und auch nicht für Fragen der Zuwanderung in ein Staatsgebiet zuständig sei. Selbst wenn solche radikalen Positionen weiter existierten, würde hiervon aber keine extremistische Gefahr für die Politik als ganze mehr ausgehen.

In einer neokratischen Staatsordnung gäbe es natürlich auch keinen Staat mehr, der sich als ganzer einer Religion oder Konfession unterordnen oder hierfür in Dienst nehmen ließe. In einer neokratischen Staatsordnung müsste die Frage, ob der Staat konfessionell gebunden sein sollte, für jede Staatssparte separat gestellt werden, und schon daraus ergäbe sich zwangsläufig ein laizistisches Staatsverständnis und eine laizistische Staatspraxis.¹ Religion wäre als Sinnstifter von Politik nicht mehr gebraucht und nicht mehr gefragt. Allein durch die Staatsordnung wäre damit für eine grundlegende Verweltlichung der Politik gesorgt wie umgekehrt auch für eine grundlegende Entpolitisierung der Religion. Dies würde vor allem jener Art extremistischen Staatsverständnisses vorbeugen, die in fundamentalistischen Ideologien vertreten wird.

Fazit

Indem sie politischen Sinn stiftet, würde eine neokratische Staatsordnung gegen einen Extremismus helfen, der aus Enttäuschung und Frustration erwächst, und ebenso würde sie jenem noch archaischeren Extremismus vorbeugen, der nur auf aggressiven Instinkten beruht. All solchem Extremismus nähme das neokratische Staatskonzept zudem die politische Projektionsfläche. Es gäbe keinen Staat mehr, gegen den sich diffus gebündelte Enttäuschung und diffuser Hass richten, und es gäbe auch keinen Staat mehr, auf den politische Allmachtsphantasien projiziert werden könnten.

Wenn ein Übergang zu neokratischen Staatsformen gelänge, wäre daher extremistischen Gefahren jeglicher Art auf die denkbar gründlichste Weise vorgebeugt. Eine Schlüsselrolle würden dabei natürlich die Staatsbürger selbst spielen. Wenn sie dazu beitragen, eine neokratische Staatsordnung durchzusetzen, würden sie sich damit selbst vor ideologischen Versuchungen und möglichen Rückfällen des politischen Bewusstseins schützen. Sie würden sich überlisten, wie Odysseus es tat, als er sich an den Schiffsmast binden ließ, um nicht den verführerischen Sirenengesängen zu erliegen.

Ein solcher Schutz vor extremistischen Versuchungen sollte natürlich von Dauer sein. Er wäre es, wenn und wo neokratische Staatsordnungen einmal dauerhaft etabliert wären.

06 – 2008

www.reformforum-neopolis.de

¹ Religionen oder Konfessionen könnten nur noch in Staatssparten für Kultur und Bildung eine Rolle spielen. Da in einem neokratischen Staatswesen die Zugehörigkeit zu einer solchen Sparte aber möglichst freiwillig sein sollte, wäre auch eine unfreiwillige Unterordnung unter kultur- und bildungspolitische Machtansprüche einzelner Konfessionen unterbunden.